

sozialistische Staat zu erfüllen. Er sei der Ausgleicher zwischen allen diesen Interessengruppen.

Westdeutsche Fachleute für konterrevolutionäre Tätigkeit haben dafür die Bezeichnung „gewaltfreier Aufstand“ erfunden. Dafür gibt es ein ganzes Programm: Man kann genau vergleichen zwischen diesem in Westdeutschland ausgearbeiteten Programm und den Maßnahmen, die verschiedene Klubs in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durchgeführt haben. Das ganze Problem bestehe nur darin, daß sich dieser Interessenkampf, dieser „gewaltfreie Aufstand“, angeblich nicht in bürgerkriegsähnlicher, sondern in ziviliertester Form, mit guten Manieren und sogar mit Duldung eingeschüchterter staatlicher Organe vollziehe. Das sei das Wesen der Demokratie, und dafür habe der Staat zu sorgen. Der sozialistische Staat habe dabei sozusagen im Namen der Ordnung noch mitzuhelfen.

Was das Mehrparteiensystem in kapitalistischen Ländern betrifft, so ist das eine grundsätzlich andere Frage als in sozialistischen Ländern. Daß in kapitalistischen Ländern im Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um die politische Macht die Frage des Verhältnisses zu anderen politischen Parteien anders steht als unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft, das sollte eigentlich klar sein.

Zu diesem Problem äußerte sich einst Genosse Palmiro Togliatti, der sich im Kampf der internationalen Arbeiterbewegung hervorragende Verdienste erworben hat. Ich habe früher in der Komintern mit ihm gut zusammengearbeitet, als es darum ging, die Volksfronttaktik auszuarbeiten. Damals sagte Genosse Togliatti, daß es darauf ankommt, „den Kampf der Massen in seinem ganzen Ausmaß zu leiten, niemals die Initiative zu verlieren und den schwankenden Elementen, die gleich bei den ersten auftauchenden Schwierigkeiten nur kapitulieren können, die Führung zu entreißen“. Dieser Standpunkt hat auch heute noch volle Gültigkeit.

Unter dem Scheinliberalen Feldgeschrei einer „reinen“ Demokratie soll das Fundament, auf dem Demokratie für die werktätigen Massen des Volkes überhaupt erst möglich wird, nämlich die politische und ökonomische Macht des von der Arbeiterklasse geführten werktätigen Volkes, untergraben, soll ihre sozialistische Staatsmacht geschwächt und schließlich beseitigt werden. Dies ist das politische Konzept der bürgerlichen Theorie von der „pluralistischen Gesellschaft“.

Die Empfehlung einiger westdeutscher sozialdemokratischer Führer an die sozialistischen Länder, den wissenschaftlichen Sozialismus durch den „Pluralismus“ zu ersetzen, ist also nichts anderes als die Empfehlung, der Konterrevolution legale Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Der Aufruf der „2 000 Worte“ zur Bildung von Gegenorganen gegen die sozialistische Staatsmacht in der CSSR hat das zur Genüge bewiesen.

Der „Pluralismus“ ist berechnet auf die Ahnungslosigkeit kleinbürgerlicher Träumer, die die handgreifliche Macht der imperialisti- 1746